



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

NEWSLETTER

Herausgeber:
PERSPECTIVE CH, Postfach 2111, 5001 Aarau

MAI 2020

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Coronavirus, eine weltweite Katastrophe. Hervorgerufen durch ein Virus, welches möglicherweise auf Unachtsamkeit in einem chinesischen Labor in Wuhan zurückzuführen ist. Aufgrund der unkontrollierten, rasanten Ausbreitung dieses COVID-19 haben die Regierungen weltweit reagiert. Auch unser Bundesrat. Ob richtig oder falsch oder im richtigen Moment und ob Vorbereitungsmaßnahmen während Jahren verschlampt wurden, bleibe dahingestellt: Unsere oberste Landesbehörde hat Mitte März reagiert und gehandelt. Das gilt es unter Berücksichtigung aller Ungewissheiten der Sachlage vor zwei Monaten zu respektieren.

Dass die Wirtschaftslage weltweit und damit auch unsere Volkswirtschaft mit den «Lockdown»-Entscheidungen von Mitte März 2020 in eine katastrophale Schieflage schlittern wird, war bekannt. Weiter noch: Spätestens am 13. März muss jedem verantwortlichen Politiker klar gewesen sein, dass der eingeschlagene Weg zu einem **wirtschaftlichen Tsunami** führen wird, wie wir ihn in den letzten 75 Jahren seit dem Ende des 2. Weltkriegs nie erlebt haben.

Die katastrophalen Verhältnisse etwa in Wuhan oder Bergamo und später in New York mit praktisch dem Zusammenbruch des Gesundheitssystems und Bestattungen in Massengräbern haben auch unsere Landesregierung bewogen, die Prioritäten in dieser kritischen Situation zu setzen. So weit, so gut.

Seit Ostern jedoch greift diese «COVID-19-Notrechtspolitik» nicht mehr. Viel mehr noch, ohne Not wird die Wirtschaft weiter heruntergefahren oder zumindest am Herauffahren gehindert. Es ist und war seit der zweiten Hälfte April nicht einzusehen, weshalb mit Ausnahme der Durchführung von Grossanlässen alle anderen Bereiche nicht sofort wieder hochgefahren sind. Zumindest für die Binnenwirtschaft hätte so der katastrophale Schaden etwas verkleinert werden können – selbstverständlich unter strikter Beibehaltung der Vorsichtsmaßnahmen wie Abstandhalten («Social Distancing»), Desinfektion, wo immer nötig Maskentragen u. a. m. Denn auch Schweizer und Schweizerinnen sind erwachsene Mitbürger und sich des Ernstes der Lage bzw. der Ansteckungsgefahren bewusst und handeln entsprechend verantwortungsbewusst. Deshalb ist/war die Weiterführung des Lockdowns wirtschaftspolitisch unverantwortbar.



Aus dem Inhalt

1. Offener Brief an den Bundesrat
2. Diese Fragen sind «nach der Corona-Krise» zu lösen. Fragen an die Politiker oder Parteien
3. Das Rahmenabkommen gefährdet Demokratie und Wohlstand der Schweiz
4. Mitgliederversammlung PERSPECTIVE CH 16. September 2019
5. Impressionen Wahlveranstaltung 16. September 2019
6. Das Undenkbare denken
7. Publikationen
8. Mitgliederwerbung

BEILAGE: Pressespiegel

Die schon vor der Corona-Krise weltweit beängstigend hohen Verschuldungsraten laufen nun vollends aus dem Ruder und wachsen ins Unermessliche. Die Gefahr besteht, dass die «Rechnung nun endgültig nicht mehr aufgeht! **Ja, Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne eine gutgehende Wirtschaft ist alles nichts.** Und da sind wir jetzt.

Otto H. Suhner, dipl. Ing. ETH
Präsident PERSPECTIVE CH



Michelle Rütli-Kummlī
CEO KUMMLI Netzwerk
GmbH, Vorstandsmit-
glied PERSPECTIVE CH

1. Letztlich geht es um die **Stärkung der schweizerischen KMU, des Gewerbes und des Handwerks**. Mit dieser Zielsetzung lancierte Michelle Rütli-Kummlī, CEO der KUMMLI Netzwerk GmbH, eine entsprechende Initiative.

Dabei wurden Taskforces mit Unternehmern, Ärzten, Bundesparlamentariern und hohen Offizieren aus der Armee installiert.

Nachstehend der «offene Brief an den Bundesrat», welcher als Teil dieser Aktivitäten auf die wirtschaftliche Not und den Handlungsbedarf zugunsten der KMU aufmerksam macht.

Neben dem Bundesrat sind zahlreiche Parlamentarier und die grossen Verbände angeschrieben worden.

Meisterschwanden, 9. April 2020

Offener Brief an den Bundesrat: Stimmen der KMU's

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler

Aufgrund unserer Tätigkeit sind wir täglich im Austausch mit Unternehmer, CEO's und Verwaltungsräte von KMU's aller Branchen. Folglich geht uns der Ruf «das Sprachrohr der Schweizerischen KMU's» voraus. Wir erlauben uns, sehr geehrte Damen und Herren Bundesräte, Ihnen einen Auszug der Statements und Forderungen der KMU's zu schildern.

Die Lage ist **wirtschaftlich** derart angespannt, dass die Wirtschaft in Kürze total einbricht. Ein Monat Produktionsausfall bedeutet für die meisten KMU's, dass der Jahresgewinn aufgebraucht ist. Trotz Krediten ist das wirtschaftliche Überleben nicht gesichert. Die finanziellen Auswirkungen des Aufrechterhaltens bisherigen Massnahmen haben eine Kettenreaktion zur Folge.

Unternehmer aus der Ostschweiz:

«Für uns ist die Situation sehr schlimm. Es wird ein vollkommenes Debakel geben. Finanziell ist das ohne grössere Verschuldung kaum noch zu bewältigen.»

Roman Roth, CEO InnoQ AG:

«Die Regierung hat sich in eine Sackgasse begeben. Es wird ein Flächenbrand ausgelöst und die Dauer des Lockdowns ist nicht bekannt».

Metzgereibetrieb Mittelland:

«Durch die Einstellung des Caterings, verlieren wir jede Woche CHF 300'000.–. Die Kreditrückzahlung ist so gut wie unmöglich».

G. R., Unternehmer Kanton Zürich

«Wir bekommen keine Budgetfreigaben. Es wurde bereits einiges auf unbestimmte Zeit verschoben. Deshalb wird das nächste Jahr für uns sehr schwierig».

M. R., Unternehmer aus der Zentralschweiz:

«Die aktuelle Situation wird als Druckmittel genutzt: Wenn sie mir heute mehr Rabatt geben, kann ich die Investition frei geben. Sonst wird sie verschoben auf nächstes Jahr».

Jürg Rubin, Unternehmer Kanton Aargau:

«Meine Mitarbeitenden sind durch die grossen Schlagzeilen total verunsichert».

Z. H., Unternehmer Kanton Zürich:

«Wir gehen davon aus, dass die Auftragsbücher in 2 Wochen leer sind.»

Hausärztin Kanton Baselland:

«Ich kann kaum mehr richtig arbeiten, da sehr viele Telefonate täglich zu bewältigen sind von äussert verunsicherten Patienten und Menschen. Es herrscht zu viel Hysterie, welche von den Medien befeuert wird».

Forderung:

- Die Arbeitskräfte unter Einhaltung der nötigen Vorsichtsmassnahmen und Hygienevorschriften, am 20. April 2020 schrittweise wieder zurück an ihren Arbeitsplatz schicken.
- Sofortiger Beginn des regulären Schulunterrichtes.
- Aufhebung der Ladenschliessungen per 20. April 2020 unter Beachtung von Hygienevorschriften.
- Aufrechterhaltung eines wirksamen Grenzschutzes mit Verstärkung des Grenzwachkorps.

Es rollt eine ungebremschte Wirtschaftskrise mit all ihren Folgen (wie Depressionen, Selbstmordrate, Sozialfalle, gesellschaftliche Spannungen etc.) auf uns zu, die es jetzt zu stoppen gilt!

Dieser Brief hat den Rückhalt von über 500 Unternehmern aus der Schweiz.



Freundliche Grüsse
Michelle Rütli-Kummler
CEO

KUMMLI Netzwerk GmbH | Lindenmattstrasse 9 | 5616 Meisterschwanden | Tel. +41 (0)62 771 28 85
www.kummler.com | info@kummler.com | www.know-how-place.ch

2. Diese Fragen sind «nach der Corona-Krise» zu lösen, Fragen an die Politiker aller Parteien



Tis Hagmann, pens.
Berufsoffizier, Katastrophen- und Krisenspezialist im In- und Ausland

Der nachstehende Beitrag geht zwar bereits auf den 3. April 2020 zurück, die Fragen aber bleiben, auch wenn in der Zwischenzeit eine Lockerung der COVID-19-Massnahmen eingeleitet wurde.

- Das Aufrechterhalten der bisherigen **Massnahmen ist masslos**. Wann gedenken die Politiker, das schrittweise Anfahren der Wirtschaft in den Denkprozess aufzunehmen?
- Was sind die Konsequenzen aus dem Versagen der EU in der Krisenbewältigung?
- Werden die **Prioritäten** im internationalen Verkehr (auf allen Ebenen) mit der EU neu gesetzt? Insbesondere die langfristige Krisenbewältigung durch Ankurbelung des Binnenmarktes und nicht durch nutzlose EU-Abkommen?
- Wann tritt die zu bildende Arbeitsgruppe «Konsequenzen aus der Krise» zusammen?
- Werden die Absichten zur weiteren Aufhebung von **Pflichtlagern** endgültig beerdigt?
- Hat man eingesehen, dass der Abbruch einer Session das falsche Signal im Notfall ist!
- Warum gibt es **Spitäler, die keine Feriensperre** verhängen und Fachpersonal in diesen Zeiten Ferien gewähren? Während Armee, Zivilschutz, GWK und weitere Urlaubssperre haben?
- Wann gedenkt man, die Läden wieder zu öffnen und den regulären **Schulunterricht** zu starten?
- Welche Massnahmen sind geplant, um die Pflichtlager wie vor 1995 hochzufahren?
- Wo ist das **Material der Militärspitäler** gelandet und werden diese wieder hochgefahren?
- Weshalb und zu welchen Spottpreisen wurden die ehemaligen Militärspitäler verkauft?
- Weshalb haben die Genietruppen keine Kompetenz mehr für Feldlagerbau und gedenkt man, diese wieder auszubilden?
- Stimmt es, dass die Armee keine Leistungsfähigkeit hat im Bereich **Notstromproduktion**?

- Weshalb wurden alle **Trinkwasseranlagen** liquidiert und weshalb basiert die Armee noch auf ganzen drei Osmose-Anlagen. Gedenkt man wieder eine «Trinkwasser-Kapazität» aufzufahren?
- Gedenkt man, analog der Bundeswehr ein **Feldlager-Bau-Bataillon** aufzustellen?
- Nachdem Milliarden für die Asylanten gesprochen wurden, gedenkt man auch für die eigene Bevölkerung so viel zu leisten? Oder bleibt es bei den bisherigen Erfahrungen: für uns immer weniger, für die andern immer mehr?
- Was ist geplant, um die **Attraktivität des Strassenverkehrsfachmannes** zu fördern? Ist vorgesehen, dass es endlich einen GAV gibt für das gesamte Transportgewerbe? Oder will man den Hauptträger der Landesversorgung weiter aushöhlen?
- Welche Massnahmen sind geplant, um in Krisenlagen entsprechende Personalpools zu haben?
- Gedenkt man, endlich, die **Strassen** im Rahmen eines Förderprogrammes aus dem Zustand der Pferdekutschenrennen herauszuführen und auszubauen?
- Gedenkt man, im Rahmen der Ausbildung wieder Durchdiener zu rekrutieren für das GWK? Und warum wurden diese abgeschafft?
- Gedenkt man, die **Produktion von bestimmten med. Artikeln** und Medikamenten in der Armee wieder einzuführen? Medikamente, Batterien und Schutzartikel?
- Weshalb ist die Armee nicht fähig, innert nützlicher Frist ein **mobiles Militärspital** aufzubauen und zu betreiben (analog der franz. Armee in Colmar)?
- Gedenkt man, die gut 35 Mio. Franken für den Einsatz im Kosovo besser im eigenen Land zu verwenden? Weshalb wurden die Kräfte der SWISSCOY mitten in der Krise in den Auslandseinsatz verbracht und nicht im Inland eingesetzt?
- Warum wurden oder werden in Krisenlagen die **Transportunternehmer** nicht von Treibstoff- und Schwerverkehrsabgabe befreit?
- Haben die Bürgerlichen begriffen, dass die seit Jahren andauernde Sparerei zur Abwrackung der Armee geführt hat? Stehen die Bürgerlichen endlich zusammen und sorgen dafür, dass die Armee wieder auf einen würdigen und fähigen Zustand gebracht wird?
- Gedenkt man, die **Grenzen** auch nach der Krise für die Massen an Asylanten zu schliessen? Einschleppung von weiteren Seuchen nicht ausgeschlossen. Wenn bis zum 4.4.2020 35 000 Personen an der Grenze abgewiesen wurden, dann sind daraus die Konsequenzen zu ziehen.
- Gut ein Drittel der aufgebotenen Wehrpflichtigen hat dem Truppenaufgebot keine Folge geleistet. Gibt es eine Übersicht der getroffenen Massnahmen bzw. Konsequenzen?
- Gibt es Planungsabsichten, die Mobilmachung wieder zu dezentralisieren? Anstelle der Massierung und völligen Überlastung der Logistikbetriebe?
- Weshalb wurde der **KSD** weitgehend liquidiert? Wer ist verantwortlich dafür, dass der Sanitätsdienst im Zivilschutz weggespart wurde?
- **Wo ist Ihre Protestnote?** Da Banker-Boni in Millionenhöhe, hier Arbeitslosigkeit und Banken-Abhängigkeit. Die FINMA will unverblümt Aktionäre durch ihre Empfehlung dazu drängen, auf Dividendenzahlung zu verzichten. Wo sind die Worthülsen-Versprechen der Obrigkeit in Sachen «Zusammenstehen», «Solidarität» usw.?

Verordnete globale Coronarezession

Die Weltwirtschaft wird in die wohl erste staatlich verordnete Rezession in der modernen Wirtschaftsgeschichte gezwungen.

Unsere Wirtschaftsprognosen im Überblick
14. April 2020

Die aktuellen Wirtschaftsprognosen finden Sie unter
www.ubs.com/outlook-ch-de



*Tis Hagmann, Büro Ha, Hirschthal
Informations- und Nachrichtenbüro*

Bestellen Sie gratis den «Wochenbericht» bei tis.hagmann@bluemail.ch. Jeden Donnerstag.

3. Das Rahmenabkommen gefährdet Demokratie und Wohlstand der Schweiz



Dr. Hans-Jörg Bertschi
Unternehmer, Vizepräsident AIHK, Vizepräsident PERSPECTIVE CH

Dazu hat sich ein gesamtschweizerisches Komitee gebildet mit einem Co-Präsidium, welchem u. a. die Aargauer Unternehmerpersönlichkeiten Dr. Hans-Jörg Bertschi, Dr. Hans-Peter Zehnder, Beat Schelling und Otto H. Suhner angehören. Das entsprechende **Positionspapier** wurde kürzlich verabschiedet. Die Grundsätze dieses breit abgestützten und von Dr. Hans-Jörg Bertschi ins Leben gerufenen Komitees decken sich weitgehend mit jenen von PERSPECTIVE CH.

Nachfolgend **auszugsweise** die zentralen Positionen des Komitees: EIN IN JEDER BEZIEHUNG EMPFEHLENSWERTER WEG ZUR ZUKÜNFTIGEN GESTALTUNG DER ZUSAMMENARBEIT MIT DER EU.

Das Komitee will

- eine weltoffene Schweiz anstelle einer politischen Eingliederung in die EU
- eine lebendige Demokratie mit Föderalismus anstelle einer Unterstellung unter die EU-Kommission und den Europäischen Gerichtshof mit ihrem Zentralismus
- die Standortvorteile Innovation, Flexibilität, Wirtschaftsfreiheit und die globale Wettbewerbsfähigkeit sichern, ohne teure Regulierungen der EU zu übernehmen
- den bilateralen Weg und das Freihandelsabkommen mit der EU erhalten und nicht durch ein Integrations-Rahmenabkommen ersetzen

Zusammenfassung

Das 2014 bis 2018 ausgehandelte institutionelle Abkommen («InstA» oder Rahmenabkommen) zwischen der EU und der Schweiz ist dem Inhalt nach ein politisches Abkommen. Die Schweiz verpflichtet sich völkerrechtlich zur Übernahme von EU-Recht. Es beendet den weitgehend auf wirtschaftliche Zusammenarbeit begrenzten bilateralen Weg der letzten zwanzig Jahre durch eine politische Eingliederung der Schweiz in die EU. Das gefährdet die demokratische Grundordnung und die wirtschaftliche Offenheit der Exportnation Schweiz – und damit den Wohlstand der ganzen Bevölkerung. Die Probleme des Abkommens – beispielsweise betreffend Aufsicht, Streitbeilegungsverfahren, Guillotine-Klausel, Unterstellung des Freihandelsabkommens unter den EuGH, Lohnschutz, Unionsbürgerrechtlinie, Staatsbeihilfen – sind so gross, dass es nicht mehrheitsfähig ist.

Die Europäische Union befindet sich aktuell in einer schwierigen Lage. Der Euro als Einheitswährung ist volkswirtschaftlich eine Fehlkonstruktion. Er verhindert die Abwertungen der Währungen der wirtschaftlich schwächeren Staaten und akzentuiert die Verschuldungsproblematik. Die COVID-19-Krise zeigt, dass die Nationalstaaten in der EU sich selbst am nächsten sind. Sie haben autonom Grenzen geschlossen und knappe medizinische Produkte beschlagnahmt, ohne Rücksicht auf EU-Recht. Die Bewältigung der COVID-19-Krise und die Brexit-Verhandlungen werden die EU längere Zeit binden. **Das ursprünglich von der Schweiz beantragte Rahmenabkommen** verliert in den EU-Staaten an Priorität. Das eröffnet der Schweiz politisch neue Optionen, um eine Abstimmung über das Rahmenabkommen mit negativem Ausgang zu verhindern. Das dürfte – angesichts der bestehenden Spannungen in der EU zwischen Nord und Süd sowie West und Ost – auch für die EU ein akzeptabler Ansatz sein. Die Schweiz tut gut daran, die Zeit zu nutzen und eine alternative Politik vorzubereiten.

Was sind die Kernprobleme des Rahmenabkommens?

I Das Rahmenabkommen schwächt unsere Demokratie

Artikel 14 des Abkommens verpflichtet die Schweiz, ihre Verfassung stets im Einklang mit dem vom Abkommen erfassten EU-Recht zu halten. Faktisch ist jede abweichende Verfassungsbestimmung verboten, womit insbesondere die Volksrechte auf Verfassungsebene in diesen Bereichen ausgeschaltet werden; sie können höchstens noch konsultativen Charakter haben, weil ein dem Rahmenabkommen widersprechender Volksentscheid vertragswidrig wäre und nur Geltung beanspruchen könnte, wenn das Rahmenabkommen angepasst oder gekündigt würde. Von möglichen, dem Rahmenabkommen widersprechenden Gesetzen ist gar nicht erst die Rede; sie werden implizit ausgeschlossen.

Wenn Volksinitiativen EU-Recht entsprechen müssen und Gesetze zunehmend in Brüssel statt von den durch uns gewählten Parlamentariern gemacht werden, geht das auf Kosten der Demokratie. Die hier Gewählten sind der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig, die Funktionäre in Brüssel oder die Minister im EU-Rat nicht.



Wenn immer mehr Bereiche dem Rahmenabkommen unterstellt werden, schreitet die Integration der Schweiz in die EU laufend voran. Damit wird die Demokratie in unserem Land geschwächt. Die Demokratie, insbesondere ihre direktdemokratische Komponente, ist eine entscheidende Stärke unseres Landes. Sie hat uns vor zahlreichen Fehlern bewahrt.

Mit dem Rahmenabkommen wird eine bedeutende Zahl von Volksabstimmungen in Zukunft unter dem Damoklesschwert der EU-Kommission und des EuGH stehen. Sind Volksentscheide nicht EU-kompatibel, kann die EU-Kommission nicht nur wirtschaftliche Sanktionen ergreifen – sie kann zusätzlich einzelne oder alle Verträge kündigen (Guillotine-Klausel).

Auch Artikel 16, der die Zusammenarbeit auf parlamentarischer Ebene vorsieht, ist eine Schwächung unserer eigenen demokratischen Institutionen. Er führt zu einem Aushandeln der Gesetzgebung auf parlamentarischer Ebene unter Schwächung des parlamentarischen Betriebs in der Schweiz. Ausserdem hat er zur Folge, dass die direkte Demokratie nochmals beeinträchtigt wird, weil Referenden und Vorstösse nicht mehr umsetzbar sein werden, sobald Gesetze mit der EU abgestimmt worden sind.

Fazit: Die Demokratie der Schweiz, insbesondere Volksinitiative und Referendum, wird durch das Rahmenabkommen in vielen Bereichen unter den Druck der EU kommen und mindestens teilweise ausgehöhlt werden.

II Das Abkommen gefährdet unsere Weltoffenheit: Die Schweiz verliert mit dem Rahmenabkommen ihre wirtschaftliche Offenheit und Handlungsfreiheit gegenüber der Welt. Sie wird Teil eines wirtschaftlichen Blocks, statt weltoffen zu bleiben. Die globale Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Wirtschaft wird darunter erheblich leiden.

III Das Rahmenabkommen ist das Ende des bilateralen Weges: Das Rahmenabkommen in der heutigen Form bedeutet das Ende des bilateralen Weges mit der EU. Weiter bedeutet es das Ende des EU-Freihandelsabkommens als bilaterales Abkommen. Das Rahmenabkommen verpflichtet uns zur Neuverhandlung des Freihandelsabkommens. Es muss ersetzt werden durch ein Abkommen, das den Spielregeln des Rahmenabkommens unterworfen wird. Das Rahmenabkommen ist ein politisches Integrationsabkommen und nicht ein Wirtschaftsabkommen.

IV Der Streitbeilegungsmechanismus unterstellt die Schweiz dem EuGH: Das Rahmenabkommen verändert durch die Pflicht zum Nachvollzug von EU-Recht und den Streitbeilegungsmechanismus den gesamten Staatsaufbau der Schweiz, und zwar bei allen drei Staatsgewalten, d. h. auf allen drei staatlichen Ebenen. Der für den Zusammenhang und den Erfolg der Schweiz so wichtige Föderalismus wird dadurch ausgehebelt.

V Das Abkommen gefährdet Wirtschaftsfreiheit und Wettbewerbsfähigkeit: Das Rahmenabkommen führt mit der Übernahme von EU-Recht zu einer schleichenden und massiven Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit in der Schweiz. Die Verpflichtung zum Nachvollzug von EU-Recht in allen wirtschaftspolitischen Fragen beraubt uns unserer komparativen Vorteile und schadet unserer weltweiten Wettbewerbsfähigkeit.

Das Abkommen verursacht bereits jetzt drei aktuelle Probleme:

Neben den obigen grundsätzlichen Problemen des Rahmenabkommens, welche gewichtige zukünftige politische und wirtschaftliche Fragen betreffen, entstehen in mindestens drei Bereichen unmittelbare Probleme.

A Unionsbürgerrichtlinie (UBRL)

Im Rahmenabkommen ist nicht geregelt, ob die Unionsbürgerrichtlinie (UBRL) übernommen werden muss. Sie ist zwar nicht Teil des Abkommens, aber muss vermutlich genau deshalb durch die Schweiz eingeführt werden. Die Schweiz hat die UBRL in den bisherigen Verhandlungen zum Rahmenabkommen konsequent zurückgewiesen. Der EuGH hat jedoch bereits in anderen Urteilen entschieden, dass die UBRL ein wichtiger Bestandteil des Binnenmarktes respektive der Personenfreizügigkeit sei.

Der EuGH wäre es auch, der bei einer Anrufung des Streitbeilegungsmechanismus durch die EU-Kommission letztlich und verbindlich darüber entscheiden würde. Da helfen auch «Präzisierungen», die rechtlich kaum verbindlich sein werden, nicht weiter. Die UBRL bedeutet Kosten für die Schweiz in Milliardenhöhe pro Jahr. Die Schweiz würde noch attraktiver für die Einwanderung in den Sozialstaat, oder sie müsste diesen auf EU-Niveau senken.

B Staatliche Beihilfen

Ebensowenig klar ist, welche staatlichen Beihilfen mit einem Rahmenabkommen noch zulässig sind. Das betrifft nicht nur den Bund, sondern vor allem auch die Kantone. Dabei geht es nicht nur um Gebäudeversicherungen, Elektrizitätsunternehmen und Kantonalkassen, sondern möglicherweise auch um öffentliche Spitäler, die Wirtschaftsförderung und ganz allgemein die Steuerpolitik. Solange das Abkommen staatliche Beihilfen nicht ausdrücklich zulässt, käme wiederum der Streitbeilegungsmechanismus zum Tragen. So könnte die EU-Kommission jeden entsprechenden Streitfall vor den EuGH bringen.

C Lohnschutz

Der Lohnschutz ist nicht mehr im gleichen Ausmass gewährleistet wie bisher. Dies gilt auch dann, wenn das Abkommen diesbezüglich ein paar Bestimmungen enthält (beispielsweise eine Vier-Tage-Regel, statt der bestehenden acht Tage). Die Gewerkschaften lehnen das Abkommen aber nicht nur ab, weil der heutige Lohnschutz nicht mehr gewährleistet wäre, sondern grundsätzlich, weil die Schweiz in Zukunft keinen autonomen Lohnschutz mehr beschliessen könnte.

Was ist angesichts dieser Einwände zu tun?

Drei Optionen aus Sicht des überparteilichen Komitees

Option 1: Neue Verhandlungen nach Abschluss Brexit

Das Rahmenabkommen könnte zu einem **erweiterten bilateralen Wirtschaftsvertrag auf Augenhöhe** umgestaltet werden. Dabei müssten aus Sicht des Komitees einige wesentliche Fragen in Verhandlungen mit der EU nach Abschluss des Brexit-Abkommens neu geregelt werden. Ziel wäre ein Abkommen, das die heutige Demokratie, den Föderalismus und die Souveränität der Schweiz nicht beeinträchtigt und die bewährte Fortsetzung des bilateralen Weges sichert.

Option 2: Umfassendes Handelsabkommen als Alternative zum Rahmenabkommen

Die EU hat mit Kanada im Oktober 2016 ein umfassendes modernes Handelsabkommen (CETA) abgeschlossen, das auch viele Bereiche ausserhalb des Handels umfasst, vergleichbar mit den bilateralen Verträgen der Schweiz. **Das Abkommen hat rein bilateralen Charakter**, die ebenbürtige Zusammenarbeit in wirtschaftlichen Fragen steht im Zentrum. Es enthält keine politische Anbindung – weder eine Verpflichtung auf den Nachvollzug von EU-Recht noch einen Rückgriff auf den EuGH im Streitbeilegungsverfahren. Auch die Personenfreizügigkeit wurde nicht vereinbart.

Option 3: Status quo erhalten – Freihandelsabkommen mit EU sichern

Sollte mit der EU keine zufriedenstellende Lösung gefunden werden, so muss der Fokus auf die Erhaltung des heutigen Freihandelsabkommens und der bestehenden bilateralen Verträge gerichtet werden. Die EU profitiert von diesen Abkommen mindestens ebenso stark wie die Schweiz. Sie sind deshalb aus unserer Sicht nicht gefährdet. Am wichtigsten für die Schweizer Wirtschaft ist dabei das Freihandelsabkommen von 1972, das auch von den Mitgliedsländern der EU nicht infrage gestellt wird. Die für die Schweiz nicht akzeptable dominierende Rolle des EuGH bei der Streitschlichtung im Rahmenvertrag, die die EU-Kommission nach Abschluss des Rahmenvertrags auch auf das Freihandelsabkommen übertragen will, wäre ein Risiko für dieses bedeutendste bilaterale Abkommen zwischen der Schweiz und der EU.

Die Behauptung, ohne das Rahmenabkommen werde die Schweiz nicht mehr in die EU exportieren können, ist falsch. Die Schweiz konnte auch schon vorher in die EU exportieren, und die beiden wichtigsten Handelspartner der EU, die USA und China, haben beide weder ein Freihandelsabkommen noch bilaterale Verträge und schon gar kein Rahmenabkommen mit der EU.

4. Mitgliederversammlung PERSPECTIVE CH 16. September 2019

Die nachstehenden Traktanden wurden an der gut besuchten Mitgliederversammlung gemäss den Anträgen des Vorstandes behandelt und entsprechende Beschlüsse gefasst:

- Das **Protokoll** der ordentlichen Mitgliederversammlung vom 14. November 2018 wird stillschweigend genehmigt.
- Vom **Tätigkeitsbericht** 2018 und von den ersten drei Quartalen 2019 wird Kenntnis genommen und dieser mit Applaus genehmigt.
- Die zur Diskussion gestellte **Jahresrechnung** wird einstimmig genehmigt. Die ausserordentlichen Sponsoren- und Unterstützungsbeiträge werden namentlich erwähnt und speziell verdankt.
- Vom **Bericht der Revisionsstelle** wird Kenntnis genommen.
- Präsidium und Vorstand werden **entlastet**.
- Die Revisionsstelle wird für ein weiteres Jahr gewählt (**THV AG Aarau**).
- Gemäss Art. 23, Absatz 3, werden die **Mitglieder des Co-Präsidiums** für ein weiteres Jahr bestätigt [LISTE NACHSTEHEND].
- Der **Vorstand** stellt sich für eine weitere zweijährige Amtsperiode zur Verfügung und wird einstimmig wiedergewählt:
Otto H. Suhner, dipl. Ing. ETH (Präsident); Thierry Burkart, ehemaliger Grossratspräsident, Nationalrat*, und Dr. Hans-Jörg Bertschi, Unternehmer (beides Vizepräsidenten); Reto Caprez, lic. oec. Divisionsleiter; Dr. Daniel Heller, ehemaliger Grossrat; Daniel Knecht Unternehmer, ehem. Grossrat; Dr. Markus Letsch; Michelle Rütli-Kumpli, Geschäftsleitungsmitglied SVP Aargau, und Frau Stefanie Heimgartner**, Grossrätin, Unternehmerin.
- **Verschiedenes:** Keine Wortmeldungen, der Präsident erinnert an den Mitgliederversammlungsbeschluss vom 23.9.14 (Kampf gegen das «Rahmenabkommen» mit der EU).

* Neu: Ständerat

** Neu: Nationalrätin

Co-Präsidium PERSPECTIVE CH (2019/2020) Stand Dezember 2019

Nachname	Vorname	Funktion	Wohnort	Partei
Aebi	Daniel Erich	Grossrat	Birmenstorf	SVP
Bodmer	René	Grossrat	Unterlunkhofen	SVP
Bütler	Josef	Grossrat	Spreitenbach	FDP
Eckert	Antoinette	Grossrätin	Wettingen	FDP
Furer	Pascal	Grossrat	Staufen	SVP
Glur	Christian	Grossrat	Glashütten	SVP
Hagenbuch	Christoph	Grossrat	Oberlunkhofen	SVP
Haller	Rolf	Grossrat	Zetzwil	EDU
Hilfiker	Silvan	VP Fraktion Grossrat	Oberlunkhofen	FDP
Hochreuter	Clemens	Grossrat	Aarau	SVP
Huser	Michaela	Grossrätin	Wettingen	SVP
Keller	Martin	Grossrat	Obersiggenthal	SVP
Lehmann-Wälchli	Regina	Grossrätin	Reitnau	SVP
Meier	Adrian	Grossrat	Reinach AG	FDP
Meier	Andreas	Grossrat	Klingnau	CVP
Meier, Dr.	Titus	Grossrat	Brugg	FDP
Müller-Boder	Nicole	Grossrätin	Buttwil	SVP
Riner	Christoph	Grossrat	Zeihen	SVP
Rudolf	Bruno	Grossrat	Reinach	SVP
Scholl, Dr.	Bernhard	Grossrat	Möhlín	FDP
Schoop	Adrian	Grossrat	Turgi	SVP
Stöckli-Ammann	Milly	Grossrätin	Muri	SVP
Tinner	Manuel	Grossrat	Döttingen	SVP
Vulliarny	Daniel	Grossrat	Rheinfelden	SVP

Nachname	Vorname	Funktion	Wohnort	Partei
Dieth, Dr.	Markus	Regierungsrat	Wettingen	CVP
Gallati	Jean-Pierre	Regierungsrat	Wohlen	SVP
Hürzeler	Alex	Regierungsrat	Oeschgen	SVP

Nachname	Vorname	Funktion	Wohnort	Partei
Burkart	Thierry	Ständerat (VR-PCH)	Baden	FDP
Knecht	Hansjörg	Ständerat	Leibstadt	SVP

Nachname	Vorname	Funktion	Wohnort	Partei
Binder-Keller	Marianne	Nationalrätin	Baden	CVP
Burgherr	Thomas	Nationalrat	Wiliberg	SVP
Giezendanner	Benjamin	Nationalrat	Rothrist	SVP
Glarner	Andreas	Nationalrat	Oberwil-Lieli	SVP
Grüter	Franz	Nationalrat, Luzern	Eich	SVP
Heimgartner	Stefanie	Nationalrätin (VR-PCH)	Baden	SVP
Pfister	Gerhard	Nationalrat, Zug	Oberägeri	CVP
Riniker	Maja	Nationalrätin	Suhr	FDP
Schwander	Pirmin	Nationalrat, Schwyz	Lachen	SVP

Nachname	Vorname	Funktion	Wohnort	Partei
Maurer	Ueli	Bundesrat	Zürich	SVP

Co-Präsidium PERSPECTIVE CH (2019/2020) Stand Dezember 2019
ehemalige Mitglieder

Ackermann	Adrian	ehem. Grossrat	Kaisten
Bärtschi	Dora	ehem. Grossratspräsidentin	Böttstein
Baur	Josef	ehem. Grossrat	Villmergen
Bhend	Martin	ehem. Grossrat	Oftringen
Biffiger	Gregor	ehem. Grossrat	Berikon
Bodmer	René	ehem. Grossrat	Unterlunkhofen
Bodmer	Thomas	ehem. Grossrat	Wettingen
Böni	Alfred	ehem. Grossrat	Mölin
Brunner, Dr.	Andreas	ehem. Grossratspräsident	Unterentfelden
Bürge	Hans	ehem. Grossratspräsident	Safenwil
Burgherr	Harry	ehem. Grossrat	Rothrist
Bürgi	Isidor	ehem. Grossrat	Frick
Dössegger	Hans	ehem. Grossrat	Seon
Fischer	Patrick	ehem. Grossrat	Bremgarten
Flury	Oliver	ehem. Grossrat	Lenzburg
Forrer	Walter	ehem. Grossrat	Oberkulm
Frey	Ernst	ehem. Grossratspräsident	Kaiseraugst
Fricke	Roger	ehem. Grossrat	Oberhof
Gloor	Reinhard	ehem. Grossratspräsident	Birr
Haeny	Urs	ehem. Grossrat	Oberwil-Lieli
Hagenbach	Walter	ehem. Grossrat	Würenlos
Hagenbuch	Hans	ehem. Grossrat	Oberlunkhofen
Häusermann	Matthias	ehem. Grossrat	Seengen
Heller, Dr.	Daniel	ehem. Grossrat (VR-PCH)	Erlinsbach AG
Hohermuth	Matthias	Ehem. Grossrat	Appenzell
Huber	Leodegar	ehem. Grossrat	Birri-Aristau
Hunkeler	Walter	ehem. Grossrat	Wettingen
Hunn	Jörg	ehem. Grossrat	Riniken
Indermühle	Werner	ehem. Grossrat	Zurzach
Jehle	Ulrich	ehem. Grossrat	Etzgen
Kaufmann	Rainer	ehem. Grossrat	Rupperswil
Kistler, Dr.	Ernst	ehem. Grossrat	Brugg
Klöti, Dr.	Rainer	ehem. Grossrat	Auenstein
Knecht	Daniel	ehem. Grossrat (VR-PCH)	Windisch
Kunz	Markus	ehem. Grossrat	Frick
Lüpold	Thomas	ehem. Grossratspräsident	Möriken
Moll-Reutercona	Andrea	ehem. Grossrätin	Sins
Plüss	Erwin	ehem. Grossrat	Rothrist
Scheibler	Rudolf	ehem. Grossrat	Unterentfelden
Scheuzger	Susanne	ehem. Grossrätin	Buchs
Schmid	Kurt	ehem. Grossrat	Lengnau
Senn	Josef	ehem. Grossrat	Döttingen
Stüssli, Dr.	Jürg	ehem. Grossrat	Windisch
Vogt	Werner	ehem. Grossratspräsident	Villigen
Wehrli	Peter	ehem. Grossrat	Küttigen

Hasler	Ernst	ehem. Regierungsrat	Strengelbach
Roth	Franziska	ehem. Regierungsrätin	Rothrist

Eberle	Roland	ehem. Ständerat	Frauenfeld
Pfisterer, Dr.	Thomas	ehem. Ständerat	Aarau

Egger-Wyss	Esther	ehem. Nationalrätin	Kirchdorf
Eichenberger	Corina	ehem. Nationalrätin	Kölliken
Flückiger	Sylvia	ehem. Nationalrätin	Schöftland
Giezendanner	Ulrich	ehem. Nationalrat	Rothrist
Glur	Walter	ehem. Nationalrat	Glashütten
Killer	Hans	ehem. Nationalrat	Untersiggenthal
Leutenegger	Filippo	ehem. Nationalrat	Zürich
Moser	René	ehem. Nationalrat	Wohlen
Pfister	Gerhard	ehem. Nationalrat	Oberägeri
Reimann, Dr.	Maximilian	ehem. Nationalrat	Gipf-Oberfrick
Schluer	Ulrich	ehem. Nationalrat	Flaach
Schwander	Pirmin	ehem. Nationalrat	Lachen
Stamm	Luzi	ehem. Nationalrat	Baden
Wandfluh	Hansruedi	ehem. Nationalrat	Frutigen

Schneider-Ammann	Johann	ehem. Bundesrat	Langenthal
------------------	--------	-----------------	------------

5. Impressionen Wahlveranstaltung 16. September 2019



Unser Beitrag hat sich gelohnt! Folgende unserer Mitglieder aus dem Aargau werden unsere Anliegen in Bern vertreten:

Konsequente Politik, mehr Eigenverantwortung: Empfehlung PERSPECTIVE CH für die Wahlen 2019

Stefanie Heimgartner
SVP
Neue Arbeitsplätze durch die Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen

Christoph Knecht
SVP
Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz. Respektierung unserer verfassungsmässigen Volksworte

Christian Kiser
SVP
Bilaterales Verhältnis zur EU. Kein EU-Beitritt (auch nicht durch die Hintertür)

Hans-Jörg Knecht
SVP
Weltweite und aktive Ausen-wirtschaftspolitik unseres Landes

Hans-Peter Groll
SVP
Weniger Staatsbürokratie. Sparen statt höherer Steuern

Heidi Müller-Berger
SVP
Vorliegendes Rahmenabkommen: Nachverhandlungen mit der EU unabdingbar

Thomas Burgherr
SVP
Weniger Staatsbürokratie. Sparen statt höherer Steuern

Benjamin Giezendanner
SVP
Weniger Staatsbürokratie. Sparen statt höherer Steuern

Stefanie Heimgartner
SVP
Weniger Staatsbürokratie. Sparen statt höherer Steuern

Maja Riniker
FDP
Weniger Staatsbürokratie. Sparen statt höherer Steuern

Marianne Binder-Keller
CVP
Weniger Staatsbürokratie. Sparen statt höherer Steuern

Franz Grütter
SVP
Weniger Staatsbürokratie. Sparen statt höherer Steuern

Pirmin Schwander
SVP
Weniger Staatsbürokratie. Sparen statt höherer Steuern

Gerhard Pfister
CVP
Weniger Staatsbürokratie. Sparen statt höherer Steuern

Wir haben klare Vorstellungen

Ständerat: Hansjörg Knecht und Thierry Burkart
Zwei profilierte Persönlichkeiten, welche immer überzeugend für eine unabhängige und starke Schweiz und konsequent gegen den EU-Beitritt kämpfen.

Für eine ungeteilte, selbstbewusste Ständesstimme

STÄNDERAT:	• Thierry Burkart (FDP)	neu
	• Hansjörg Knecht (SVP)	neu
NATIONALRAT:	• Thomas Burgherr (SVP)	bisher
	• Andreas Glarner (SVP)	bisher
	• Benjamin Giezendanner (SVP)	neu
	• Stefanie Heimgartner (SVP)	neu
	• Maja Riniker (FDP)	neu
	• Marianne Binder-Keller (CVP)	neu
Andere Kantone:	• Franz Grütter (SVP) Luzern	bisher
	• Pirmin Schwander (SVP) Schwyz	bisher
	• Gerhard Pfister (CVP) Zug	bisher

Jean-Pierre Gallati (SVP) wurde in den Regierungsrat des Kantons Aargau gewählt.

Alle weiteren kandidierenden und von uns unterstützten PERSPECTIVE-CH-Mitglieder haben auf ihren Listen beachtliche Resultate erzielt.

6. Das Udenkbare denken



Thierry Burkart, Ständerrat, Mitglied sicherheitspolitische Kommission, Vizepräsident PERSPECTIVE CH

In der aktuellen durch das Coronavirus hervorgerufenen Krise werden Forderungen gestellt, wonach angesichts der gesundheits- und wirtschaftspolitischen Herausforderungen die sicherheitspolitischen Dispositionen unseres Landes neu auszurichten seien. GSoA und andere Armeegegner wollen aus der aktuellen Krise billiges politisches Kapital schlagen.

Um die Schweiz für die künftigen Risiken zu wappnen, muss eine seriöse Sicherheitspolitik die ganze Bandbreite von möglichen Bedrohungen berücksichtigen. Überdies muss sie langfristig und auch losgelöst von der aktuellen Lage ausgerichtet sein. **Die Politik ist gehalten, Bedrohungen zu berücksichtigen, die uns heute weniger wahrscheinlich erscheinen oder die wir noch gar nicht kennen.** Das grösste sicherheitspolitische Projekt bleibt Air2030, die Modernisierung und Erneuerung der Luftwaffe. Unsere Armee führt zurzeit ihren grössten Einsatz seit dem 2. Weltkrieg. Obschon der primäre Auftrag der Armee nicht die Pandemiebekämpfung umfasst, leistet sie eine beeindruckende und selbst bei Armeegegnern anerkannte Unterstützung zugunsten der zivilen Behörden. Das ist nicht selbstverständlich, **zumal die Politik die Armee jahrzehntlang kleingespart hat** und die Fähigkeit zur raschen Mobilisierung grösserer Truppenkontingente erst mit der Umsetzung der Weiterentwicklung der Armee im 2018 wieder eingeführt hat.

Vorhersehbarkeit ist begrenzt

Die Armee ist die einzige strategische Reserve zum Schutz unseres Landes. Sie muss ein breites Spektrum von Bedrohungen abdecken und vielseitig einsetzbar sein; dazu braucht es Kampfflugzeuge genauso wie Mittel und Fähigkeiten im Cyber- oder Sanitätsbereich. Die Armee ist ein Gesamtsystem. Entsprechend sind die Planungen für die Organisation, Ausrüstung und Ausbildung von langer Hand vorzunehmen.

Zurzeit stehen die Kapazitäten und Kompetenzen der Spital- und Sanitärseinheiten im Fokus. Zur Unterstützung der zivilen Behörden und der Einsatzkräfte sind aber auch viele Führungs- und Logistikelemente der Armee engagiert. Hinzu kommt, dass

Militärpolizei und Luftwaffe das Grenzwachtkorps bei der Grenzsicherung unterstützen. Vor wenigen Monaten schien dies noch undenkbar.

Dass Kampfflugzeuge weder in der Schweiz noch in anderen Ländern aufgrund des Coronavirus zum Einsatz kommen, ist eine banale Erkenntnis. Aber: Unser Luftraum muss im Rahmen des Luftpolizeidienstes auch in normalen Lagen und auch während einer Pandemie gesichert werden. Abgesehen davon, sind die durch die Corona-Krise hervorgerufenen unmittelbaren und mittelfristigen sicherheitspolitischen Folgen noch nicht absehbar. Fest steht, dass massive Staatsverschuldungen, die absehbare Rezession globalen Ausmasses oder die Abschottung von autoritären Regimes nicht zu einer Stabilisierung der Sicherheitslage führen. Spannungen werden eher zunehmen. Diese relativ kurzfristige Entwicklung liegt Air2030 aber selbstverständlich nicht zugrunde, sondern eine weiterführende Planung. Denn die neu zu beschaffenden Kampfflugzeuge werden die heute im Einsatz stehenden F/A-18 erst in knapp zehn Jahren ersetzen müssen. Corona führt uns aber eindrücklich vor Augen, wie rasch sich die weltweite Lage ändern kann. Umso weniger können auch Experten voraussagen, welchen Bedrohungen wir in den rund 30 Jahren nach 2030 gegenüberstehen werden. Für diesen Zeitraum soll aber im Rahmen von Air2030 in die Erneuerung der Luftwaffe investiert werden.

Air2030 bleibt unverzichtbar

Viren und Pandemien sind keine neuen Bedrohungen. **Die Armee, die Bundesverwaltung und die Kantone haben in den letzten Jahren Pandemieszenarien in von Medien und Öffentlichkeit oft belächelten Übungen trainiert.** Dabei konnten Erfahrungen gesammelt werden, die in der Bewäl-

tigung der aktuellen Krise helfen. Aus dem Umstand, dass die gewonnenen Erkenntnisse für den Mittelbedarf zur Bewältigung einer Pandemie teilweise nicht umgesetzt wurden und es der Schweiz an Essentiellen wie Schutzmasken, Intensivpflegebetten und Beatmungsgeräten fehlt, sind unabhängig von der langfristigen Fähigkeitsplanung der Armee die richtigen Folgerungen zu ziehen. Trotz Planung kann zudem einiges nie vorausgesehen werden. Die Armee betrieb früher beispielsweise eigene Produktionsanlagen für Sauerstoff und Stickstoff, um die Versorgungsautonomie zu erhalten. Die Anlagen wurden im Rahmen der Armee reform 95 liquidiert. Heute wären wir froh, wir könnten auf diese strategische Reserve zurückgreifen.

Beschaffungsentscheide für die Zukunft

Es gibt auch aufgrund der Corona-Krise keinen Grund, auf neue Kampfflugzeuge zu verzichten, denn die Bedrohungslage hat sich durch die Pandemie nicht geändert. Im Gegenteil, die Bedrohungen und Gefahren sind in den letzten Jahren vielfältiger und unberechenbarer geworden. Ohne funktionierende Luftverteidigung würde die Schweiz riskieren, dass sie in einer heute noch undenkbaren Krise oder bei Bedrohungen die Bevölkerung vor Angriffen aus der Luft nicht schützen kann. Die Schweizer Armeeplaner haben mit ihren seriösen Arbeiten zu Air2030 und auch zur Zukunft der Bodentruppen solide Grundlagen für heute zu treffende und erst in ein paar Jahren wirkende Beschaffungsentscheide geliefert. An diesen Grundlagen und an den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen ändert das Coronavirus nichts.

Dieser Beitrag ist in der ASMZ Nr. 05 (Mai 2020) erschienen.

7. Publikationen

Die folgenden Publikationen können bei unserem Sekretariat bezogen werden (Selbstkosten). Des Weiteren machen wir auf unseren wirtschaftspolitischen **Informationsdienst** aufmerksam. Unseren Mitgliedern stellen wir auf Anfrage entsprechende Unterlagen und Dokumentationen zur Verfügung.



Das Rahmenabkommen gefährdet Demokratie und Wohlstand in der Schweiz: vollständiger Text des Positionspapiers (Vgl. Beitrag 3)

kostenlos



89 Zofinger Jubiläumsideen für die Schweiz: Anlässlich des 200-jährigen Jubiläums des Schweizerischen Zofingervereins wurden 89 Ideen zusammengetragen.

kostenlos



Tauglich für den Verteidigungsfall oder teure Luftschloss-Armee? – Die Schweizer Armee in der Abrüstungsfalle

kostenlos

8. Mitgliederwerbung

Sind das auch Ihre Anliegen?

- Souveränität, Freiheit und Unabhängigkeit der Schweiz und ihrer Bevölkerung
- eine weltoffene und aktive Aussenwirtschaftspolitik unseres Landes
- die wirkungsvolle und fortschreitende Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen für den Werk- und Finanzplatz Schweiz
- Alternativen zur abzulehnenden Vollmitgliedschaft der Schweiz in einer EU gemäss den Maastrichter Verträgen



Forum für Weltoffenheit und Souveränität

Dann sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Beitrittserklärung zu PERSPECTIVE CH gemäss den beiliegenden Grundsatzserklärungen

Name, Vorname: _____

Genaue Anschrift: _____

PLZ/Ort: _____

- Jahresbeiträge:
- ☐ Fr. 50.– für Privatpersonen
 - ☐ Fr. 100.– für juristische Personen, Firmen, Betriebe und Verbände
 - ☐ ab Fr. 200.– für Gönner

Freiwillige Spenden willkommen!

Allenfalls Alter: _____ Beruf, Stellung: _____

Politische Mandate: _____

Zusatzinformation: (eidg./kantonal/kommunal)

Postanschrift: PERSPECTIVE CH
Postfach 2111
5001 Aarau

Telefon: 056 464 28 49
Fax: 056 464 28 35
E-Mail: info@perspective-ch.ch

Bankverbindung: Neue Aargauer Bank
5001 Aarau
PK 50-1083-6
KK 529798-81

www.perspective-ch.ch